

Das Zeitalter der Aufklärung

Im Zeitalter der Aufklärung formulierten zahlreiche Philosophen Ideen, die den Menschen in einem Staat gewissen fundamentale Rechte zugestanden und dies nicht aufgrund ihrer Religion, ihres Standes oder ihres Reichtums sondern alleine aus der Tatsache, dass sie Menschen waren.

So sprach der französische Philosoph Jaques Rousseau das erste Mal von *Menschenrechten* im heutigen Sinn. John Locke, ein Philosoph der englischen Aufklärung sprach sich für die Gleichheit, Freiheit und Recht auf Unverletzlichkeit von Person und Eigentum als oberste Regierungsgüter aus (also als Aufgabe des Staates).

Ein weiterer wichtiger Mitbegründer der Aufklärung und auch der Idee des Rechtsstaates ist Immanuel Kant (1724–1804). Für ihn war Freiheit das einzige Menschenrecht, von dem alle anderen Menschenrechte, wie Gleichheit und Selbständigkeit, abgeleitet werden. Das Recht kann nicht von der Natur des Menschen abgeleitet werden, ist also ein Vernunftrecht, das unabhängig von historischen, kulturellen, sozialen und religiösen Umständen gelten muss.

Die Virginia Declaration of Rights

Die Virginia Declaration of Rights war eine Erklärung der amerikanischen Kolonien, wonach jeder Mensch über gewisse Grundrechte verfügte. Die Virginia Declaration of Rights legte damit den Grundstein für die amerikanische Verfassung und hatte grossen Einfluss auf die französische Revolution.

Obwohl die Declaration of Rights zahlreiche fundamentale Rechte formulierte, so waren diese jedoch auf bestimmte Gruppen beschränkt. So durften Frauen weiterhin nicht wählen und auch die Sklaverei wurde nicht verboten.

Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte

Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte ist die erste Menschenrechtserklärung von Europa. Sie entstand nach der Französischen Revolution und sollte allen Menschen fundamentale Rechte gewähren. Leider beschränkte sich auch diese Erklärung auf gewisse Menschen. So durften z.B. Frauen weiterhin nicht wählen.

Die erste moderne Verfassung der Schweiz

In der Schweiz dauerte die Verankerung der Menschenrechte in der Verfassung etwas länger. Jedoch entstand mit dem modernen Bundesstaat (so wie wir ihn heute noch haben) auch eine neue Verfassung. Diese garantierte fundamentale Rechte für alle Menschen, wie z.B. die Gleichheit vor dem Gesetz, die Pressefreiheit und die Religionsfreiheit. Jedoch wurden auch damals noch gewisse Personengruppen von diesen Rechten ausgeklammert. So wurden Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Geschlecht oder religiöser Zugehörigkeit von wichtigen Rechten ausgeschlossen.

Der Völkerbund

Nach dem 1. Weltkrieg wurde der Völkerbund gegründet. Der Völkerbund gilt heute als ein Vorläufer der Vereinten Nationen und hatte u.a. die Ziele, den Frieden auf der Welt und die diplomatische Lösung von Konflikten zu fördern. In der Charta (Abmachung, Verfassung) waren zahlreiche Rechte beinhaltet, die später in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte einfließen sollten.

Die Wirkung des Völkerbundes bliebe allerdings gering. Wichtige Nationen wie zum Beispiel die USA traten dem Völkerbund nicht bei. Auch regelte der Völkerbund nur das Verhältnis zwischen den Staaten, nicht jedoch das Verhältnis von Staaten zu ihren Bürgern. Verletzte ein Staat die Menschenrechte seiner Bürger (z.B. die Nazis vor dem 2. Weltkrieg), so konnte der Völkerbund nicht einschreiten.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Nach den Schrecken des 2. Weltkrieges und dem Holocaust (Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Nazis) wurden die Vereinten Nationen (UNO) ins Leben gerufen, um den Frieden auf der Welt zu sichern und zu garantieren. In der Charta (Verfassung) der Vereinten Nationen wird die Würde jedes Menschen und die Gültigkeit der Menschenrechte für alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion – festgehalten.

Nach der Verabschiedung der Charta der Vereinten Nationen sollte es noch einmal drei Jahre dauern, bis die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) verabschiedete. In der AEMR wurden zum ersten Mal alle fundamentalen Rechte der Menschen festgehalten und für universell (für alle Menschen) erklärt. Jedoch war die AEMR lediglich eine Erklärung und rechtlich nicht verbindlich, d.h. die AEMR war noch kein Gesetz.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist eine Konvention (Vertrag) über die Grundrechte und den Schutz der Menschenrechte. Er gilt für alle Mitgliedsstaaten des Europarates (und damit auch für die Schweiz) und garantiert den Schutz und die Einhaltung der Menschenrechte. Die Inhalte sind aufbauend auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Die EMRK war ein wichtiger Schritt für die Durchsetzung der Menschenrechte in Europa und ist heute noch ein wichtiges Instrument für den Schutz der Menschenrechte in Europa.

UNO Pakt I und II

Nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dauerte es noch einmal fast zwanzig Jahre bis zu der ersten Verrechtlichung der Menschenrechte aus der AEMR. Mit dem UNO Pakt I über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte und dem UNO Pakt II über bürgerliche und politische Rechte wurden viele Menschenrechte aus der AEMR rechtlich verbindlich, d.h. sie konnten nun vor Gerichten eingeklagt werden. So konnten nun Menschen, deren Menschenrechte z.B. von einem Staat verletzt wurden, gegen diesen Staat klagen.

Obwohl mit dem UNO Pakt I und II wichtige Menschenrechte rechtlich verbindlich wurden, hörten die Verletzungen der Menschenrechte trotzdem nicht auf, weil sich zahlreiche Staaten nicht an die Gesetze hielten.

Einige Menschenrechte im UNO Pakt I

- Recht auf Bildung
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Recht auf Arbeit
- Das Verbot von Zwangsehen

Einige Menschenrechte im UNO Pakt II

- Recht auf Leben
- Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit
- Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit
- Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
- Recht auf die Teilnahme an allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen.

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (auch Kinderrechtskonvention genannt) schützt die speziell die Rechte von Kindern (bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres). Das Übereinkommen folgt dem Grundsatz, dass Kinder einen speziellen Schutz benötigen, da sie teilweise von Erwachsenen abhängig sind.

Die Kinderrechtskonvention beinhaltet unter anderem folgende Rechte:

- das Recht auf Gesundheit;
- das Recht auf Bildung und Ausbildung;
- das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung;
- das Recht, sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln;
- das Recht auf eine Privatsphäre und eine gewaltfreie Erziehung im Sinne der Gleichberechtigung und des Friedens;
- das Recht auf sofortige Hilfe in Katastrophen und Notlagen und auf Schutz vor Grausamkeit, Vernachlässigung, Ausnutzung und Verfolgung;
- das Recht auf eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause;

Nach der Verabschiedung der UNO Pakte I und II folgte in den darauf folgenden Jahrzehnten die Verrechtlichung von zahlreichen weiteren Rechten, wie zum Beispiel das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau etc.

Menschenrechte heute

Die Stärkung der Menschenrechte ist eine lange und schwierige Geschichte. Über Jahrhunderte rückten die Menschenrechte immer mehr in den Fokus der Politik und der Öffentlichkeit. Mit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte erfolgte ein wichtiger Schritt, um erstmals allen Menschen die fundamentalen Grundrechte zu gewähren und sie vor Verletzungen der Menschenrechte zu schützen. In den darauf folgenden Jahrzehnten wurde immer mehr zum Schutz der Menschenrechte unternommen und zahlreiche Menschenrechte sind heute fest verankert in nationalen Gesetzen und Verfassungen.

Trotzdem gibt es weiterhin zahlreiche Menschenrechtsverletzungen auf der Welt. Sowohl in sogenannten armen Ländern aber auch in Ländern wie der Schweiz, werden Menschenrechte verletzt. Deshalb ist der Kampf für die Menschenrechte so wichtig.